

Der nächste Punkt ist natürlich, dass die Menschen dann oft auch beim Wohnen begleitet werden müssen, weil sie manchmal von einer Wohnkultur etwas entfernt sind.

Das Problem der Suchthilfe spielt ebenfalls mit in diese Frage hinein. Deswegen gehört im MAGS der Teil der Gesundheitspolitik, der sich mit Sucht befasst, als wichtiger Bestandteil mit in dieses Gesamtprogramm hinein.

Natürlich müssen wir bei der gesundheitlichen Versorgung speziell an die Frauen denken, damit auch die gynäkologischen Fragen bei der aufsuchenden Gesundheitshilfe mit bedacht werden.

Selbstverständlich müssen wir am Ende auch über Prävention reden. Obdachlosigkeit fällt nicht immer vom Himmel, sondern hat oft mit Mietschulden und mit Räumungsklagen zu tun. Zusammen mit den Jobcentern müssen wir dafür sorgen, dass Mietschulden erst gar nicht entstehen. Das kann man ja so regeln, dass in bestimmten Fällen die Mieten direkt an die Wohnungsgenossenschaft oder den Wohnungseigentümer überwiesen werden.

Ich glaube also, dass wir hier wirklich Lösungen finden werden. Denn ohne Frage ist Obdachlosigkeit nach Hunger das Schlimmste, was einem Menschen passieren kann. Deswegen muss man sich in einem Sozialstaat schlicht und ergreifend auch um diese Frage kümmern. Sie können ganz sicher davon ausgehen, dass ich das mit sehr viel Engagement machen werde, weil mir diese Frage einfach wichtig ist.

Wir werden auch nicht alle Probleme lösen. Das sage ich Ihnen jetzt schon. Aber wir werden versuchen, sie mit den Möglichkeiten, die wir haben, und mit einem richtigen, vernünftigen Konzept anzugehen. Wenn wir das Konzept fertig haben, werden wir es nicht geheim halten, sondern können es dann miteinander besprechen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP und der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/5384** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend –, an den **Ausschuss für Gleichstellung und Frauen** sowie an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**. Die abschließende Aussprache und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP und AfD. Gibt es jemanden, der dagegen ist? – Gibt es jemanden, der sich

enthält? – Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

8 NRW will eine verbesserte Tabakprävention und Passivraucherschutz für Minderjährige sowie Schwangere in Autos

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5368

Ich darf für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Kamieth das Wort erteilen. Bitte.

Jens Kamieth (CDU): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Antrag ist ein weiterer Beleg für die gute Arbeit der NRW-Koalition.

(Beifall von der CDU – Lachen von Jochen Ott [SPD])

– Herr Ott, regen Sie sich nicht auf. Geben Sie mir noch eine halbe Minute. Dann kommen Sie auch vor.

(Jochen Ott [SPD]: Ich bin ganz entspannt! Ich freue mich nur über Ihre Fraktion!)

NRW hat ein klares Ziel: Wir wollen unsere Kinder, unsere Jugendlichen und das ungeborene Leben effektiv vor den gravierenden gesundheitlichen Folgen des Passivrauchens im Auto schützen.

Daher möchte ich zuallererst Ihnen, liebe Kollegen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, sehr herzlich danken. Es ist unser gemeinsames Verdienst, dass am vorläufigen Ende eines intensiven Arbeits- und Reflexionsprozesses dieser richtige und wichtige Antrag steht.

Richtig und wichtig ist er deshalb, weil wir die Gesundheitsprävention von drei besonders schutzbedürftigen Personengruppen – Kindern, Jugendlichen und Schwangeren – noch fester in den Blick nehmen und ihnen zusammen eine noch stärkere Stimme verleihen.

Es gilt, Minderjährige – darüber waren wir uns immer einig – vor den drastischen und allseits unstrittigen Gesundheitsgefahren des Passivrauchens wirksam zu schützen.

Ich möchte betonen: Immer, wenn hier von Rauchen die Rede ist, meinen wir selbstverständlich nicht nur die klassische Zigarette, sondern auch E-Zigaretten, Tabakerhitzer und Ähnliches.

Handlungsbedarf besteht umso mehr, wenn sich Kinder und Jugendliche in geschlossenen Räumen aufhalten. Autos zählen zu den vergleichsweise beengten und schlecht belüfteten Räumen, die Kinder zudem schlecht verlassen können.

Damit hier – um im Bild zu bleiben – niemand länger im Nebel stochert: Berechnungen zufolge ist der Innenraum eines Pkw rund 2 bis 5 m³ groß, umfasst also den Bruchteil eines mittelgroßen Wohnzimmers. Vor diesem Hintergrund liegt es auf der Hand, dass die Konzentration gesundheitsgefährdender Stoffe beim Tabakrauchen im Auto besonders hoch ist.

Das ist ein für unsere Kinder dramatischer Umstand, atmen sie doch häufiger als Erwachsene und funktioniert ihre körpereigene Entgiftung noch nicht in vollem Umfang.

Das ist auch für Schwangere ein dramatischer Umstand, steigert doch das Passivrauchen das Risiko embryonaler Entwicklungsstörungen sowie von Früh- und Fehlgeburten.

Sie alle wissen: Als wir diesen gemeinsamen Antrag erstmals beraten haben, meinten wir, gute Argumente dafür vorgebracht zu haben, dass an dieser Stelle keine oder nur eine vorsichtige gesetzliche Regelung angebracht wäre.

Ja, es ist unsere feste Überzeugung, dass bei Initiativen, die die private Lebensgestaltung der Bürgerinnen und Bürger berühren, sehr genau hingeschaut und überaus besonnen abgewogen werden muss. Nach unserem Dafürhalten darf der Gesetzgeber gerade hier sprichwörtlich nicht auf blauen Dunst hin agieren.

Die CDU ist sich bewusst, dass nach dem Empfinden mancher das Auto mindestens so privat ist wie die eigenen vier Wände. Auch ist sie weit davon entfernt, Eltern abzusprechen, gut für das gesundheitliche Wohl ihrer Kinder zu sorgen. Ganz im Gegenteil! Zu den Maximen der CDU gehört es, auf Eigenverantwortung und Freiwilligkeit der Menschen zu setzen.

Studien der deutschen Krebsforschung zeigen – die Ärztekammer Nordrhein hat das im Rahmen der sehr guten und ergiebigen Anhörung bestätigt –, dass beim Passivraucherschutz die Präventionsarbeit, etwa im Rahmen der Kampagne „rauchfrei unterwegs – du und dein Kind“, einen wichtigen und angeratenen Weg darstellt. Daher haben wir die Mittel dafür im diesjährigen Haushalt auch aufgestockt.

Doch hier möchte ich mich den pointierten Worten des SPD-Bundestagsabgeordneten Lothar Binding anschließen.

(Zuruf von der SPD: Das ist ein Guter!)

– Ehre, wem Ehre gebührt. – Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Die persönliche Freiheit des Erwachsenen hört auf, wo er die Gesundheit der Kinder gefährdet.“

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Sie alle wissen, dass der Forschungsstand zum heutigen Vorstoß eindeutig und überzeugend ist. Auch die Rechtslage ist klar. Die verfassungsrechtlichen Äußerungen in der Anhörung waren überzeugend. Aus diesem Grunde haben sich Minister Laumann und die letzte Gesundheitsministerkonferenz für eine entsprechende gesetzliche Regelung ausgesprochen.

Meine Damen und Herren, unverrückbarer Kompass der CDU ist der konsequente Schutz von Kindern und Jugendlichen – und das von Anfang an. Daher war es uns besonders wichtig, den geschützten Kreis um die Schwangeren zu erweitern.

Ich komme zum Ende. Zwei Punkte sind uns wichtig: zum einen die Einführung eines gesetzlichen Rauchverbots über die Bundesratsinitiative und zum anderen präventive Aufklärung, um Rauchen einzudämmen und insbesondere Passivraucher zu schützen. – Ich freue mich auf das gleich folgende Abstimmungsergebnis und wünsche uns einen schönen Nachmittag.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Dr. Maelzer das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Auch ich bin angenehm überrascht über die Begeisterung, die mein Vorredner, Herr Kamieth, hier zum Ausdruck gebracht hat. Man könnte meinen, es sei schon immer die Position der CDU in diesem Hause gewesen, den Nichtraucherschutz für Kinder voranzubringen.

Ich muss Sie, lieber Kollege, allerdings korrigieren: Wir diskutieren heute nicht zum zweiten Mal, sondern zum ersten Mal über einen gemeinsamen Antrag. Die ursprüngliche Initiative kommt immer noch von der Sozialdemokratie.

(Beifall von der SPD)

Aber im Moment geht es auch nicht darum, ein Geschichtsseminar zu veranstalten, sondern darum, Geschichte zu schreiben. Und mit diesem Antrag setzen wir ein ganz wichtiges, aber auch notwendiges Zeichen: Der Gesundheitsschutz von Kindern ist wichtiger als die individuelle Freiheit des Rauchens. – Ich glaube, es war kein Wunder, dass Sie eben einen SPD-Politiker zitiert haben.

Es ist leider immer noch keine Selbstverständlichkeit, dass Kinder in Autos vor dem Passivrauchen geschützt sind. Schätzungen gehen von 800.000 bis 1 Million Minderjährigen aus, die dem Passivrauchen im Auto ausgesetzt sind.